

Südkoreas Innenpolitik 2003/2004: Schwerpunkte und Tendenzen

Pohl, Manfred

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pohl, M. (2004). Südkoreas Innenpolitik 2003/2004: Schwerpunkte und Tendenzen. *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 25-36. <https://doi.org/10.11588/kjb.2004.0.3795>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Südkoreas Innenpolitik 2003/2004: Schwerpunkte und Tendenzen

Manfred Pohl

1 Einleitung

Die Regierung Roh stand während des ganzen Jahres 2003 unter schwerem innenpolitischen Druck, wobei sich die politische Unerfahrenheit des Präsidenten verhängnisvoll bemerkbar machte. Symptomatisch für die Führungsschwäche Rohs, aber auch für seine engen Gestaltungsmöglichkeiten angesichts einer Oppositionsmehrheit im Parlament (Nationalversammlung) war der Sturz des Innenministers Kim Doo-kwan, der nach einem Misstrauensvotum zurücktreten musste. Die Oppositionsmehrheit im Parlament warf ihm vor, antiamerikanische Kräfte unterstützt zu haben. Der jüngste Minister in der Regierung hatte angeblich die Demonstration einer Gruppe von Dissidenten gedeckt, die auf einem Truppenübungsplatz der US-Armee eine amerikanische Fahne verbrannt hatten – natürlich galt das Misstrauensvotum letztlich dem Präsidenten selbst (Yonhap, engl., 18.9.2003, in: BBC Monitoring Service, 18.9.2003).

Auch mit Südkoreas großen Tageszeitungen hatte der Präsident Probleme: Im August verklagte Roh vier große Verlage auf umgerechnet 1,7 Mio. US\$ Schadenersatz; drei große Tageszeitungen (*Chosun Ilbo*, *JoongAng Ilbo*, *Dong-A Ilbo*, zusammen 70% der Tagespresse) hatten berichtet, dass der Präsident unter dem Namen seines Bruders in Immobiliengeschäfte verwickelt sei. Die Zeitungen – allesamt grundsätzlich konservativ – zählen zu den schärfsten Kritikern der Politik Rohs; sie werfen ihm vor allem Laxheit im Umgang mit militanten Gewerkschaften vor, die Anfang des Jahres durch eine Reihe von Streiks die wirtschaftliche Situation des Landes verschärft hatten. Roh bezeichnete die Medien und ihre Berichterstattung als „Tyrannei der privilegierten Presse“, er wollte dieses Problem „korrigieren“. Auf Anweisung des Präsidenten wurde in einigen Ministerien der Zugang der Medien beschränkt, er kündigte Untersuchungen über unfaire Praktiken wie Werbebeschenke oder freie Abonnements an, auch wollte er eine staatseigene Internet-Zeitung herausgeben. Der Zorn Rohs auf die Presse geht bis 1991 zurück, als die *Chosun Ilbo* ihm unterstellte, er besitze eine Luxusyacht – sicher nicht vorteilhaft für einen Anwalt der Armen, der sich um ein Parlamentsmandat bewarb (*Asian Wall*

Street Journal/Internet/AWSJ, 18.8.2003). In einer Antwort auf den AWSJ-Artikel betonte der Vizeminister des Informationsministeriums, dass Roh sehr wohl ein fruchtbares Verhältnis zu den Medien anstrebe, dazu habe er Schritte unternommen: Auflösung des exklusiven Presseclubs im Präsidentenpalast Cheong Wa Dae und bei verschiedenen Ministerien, sie sollen durch reguläre, frei zugängliche Pressekonferenzen ersetzt werden. Informelle Kontakte zwischen Regierungsbeamten und Journalisten werden untersagt, stattdessen wird die Regierung alle notwendigen Quellen zur Verfügung stellen (*International Herald Tribune/Internet/IHT*, 11.8.2003; *AWSJ/Internet*, 22.8.2003).

2 Rohs verwirrendes Taktieren

Mitten in der verworrenen Lage nach der Spaltung der regierenden Millennium Democratic Party (MDP, siehe dazu unten) bot die Regierung unter Ministerpräsident Goh Kun ihren Rücktritt an. Roh lehnte jedoch mit der Begründung ab, in der schwierigen wirtschaftlichen Lage und angesichts eines schwelenden Korruptions-skandals (in den auch ein Vertrauter des Präsidenten verwickelt war) brauche das Land politische Kontinuität (Yonhap, engl., in: *BBC Monitoring Service*, 12.10.2003). Die Lage war für Roh alles andere als beruhigend, seine Umfragewerte lagen bei knapp 20% Zustimmung, nachdem er nur mit knapper Stimmenmehrheit zum Präsidenten gewählt worden war.

In dieser Situation überraschte der Präsident die koreanische Öffentlichkeit am 13. Oktober mit einem ebenso unorthodoxen wie verblüffenden Angebot: Er wolle sich im Dezember einem nationalen Referendum über seine Amtsführung stellen. Öffentlichkeit und veröffentlichte Meinung fragten sich ratlos: Verzweiflungsgeste oder brillanter Schachzug? Roh versprach zurückzutreten, wenn das Votum gegen ihn ausfiele, obwohl er noch vier Jahre Amtszeit vor sich hatte.

Der Vorstoß war in jedem Falle als Befreiungsschlag angelegt, zu sehr war der Präsident in Bedrängnis geraten. Vor allem eine Reihe von Skandalen machten ihm zu schaffen, weil sie bis in sein unmittelbares Umfeld reichten. Der erste Schlag fiel, als ein persönlicher Sekretär des Präsidenten dabei ertappt wurde, wie er von einem Gangster üppig bewirtet wurde; kurz darauf wurde ein enger Vertrauter des Präsidenten, Choi Do-sul, unter dem Verdacht verhaftet, umgerechnet 950.000 US\$ Bestechungsgelder von dem Unternehmen SK Group erhalten zu haben; das Unternehmen kämpfte angesichts eines Buchführungsskandals um sein Überleben. Roh musste auch schmerzlich erfahren, wie schwierig das Regieren gegen eine Oppositionsmehrheit im Parlament ist: Die Volksvertretung erzwang den Rücktritt des Innenministers und blockierte die Ernennung von Rohs Kandidaten für die Leitung des Nationalen Rechnungshofes, einer Schlüsselposition für die Bekämpfung der Korruption (*Far Eastern Economic Review/FEER*, 23.10.2003: 20).

3 Zwischenruf: Politik und Geld 2003

Die Generalstaatsanwaltschaft setzte 2003 ihre Ermittlungen gegen führende Politiker – auch gegen Roh Moo-hyun – fort, es ging um illegale Spenden von *chaebeol* an politische Repräsentanten aller drei großer Parteien. Milliarden von Won sollen nach Erkenntnissen der Staatsanwälte vor und nach den Präsidentschaftswahlen 2002 geflossen sein, Roh forderte die Strafverfolgungsbehörden auf, das „gesamte Netz“ verdeckter Transaktionen offen zu legen. Betroffen von den Verdachtsmomenten war u.a. ein enger Mitarbeiter des Präsidenten, der vom drittgrößten *chaebeol* SK Group fast umgerechnet 1 Mio. US\$ (1,1 Mrd. Won) erhalten haben soll (s.o.), er wurde verhaftet; aber auch Samsung, LG, Hyundai und Lotte standen unter Verdacht, der Präsident hatte den betroffenen Unternehmen Straferlass zugesichert, wenn sie kooperieren würden. Es ging vor allem um finanzielle Wahlkampfhilfe: So erhielt Rohs Wahlkampfteam nach den Wahlen noch einmal 7,2 Mrd. Won von den fünf größten Unternehmensgruppen, wie der frühere Generalsekretär der MDP mitteilte; diese Summe liegt weit über den zulässigen 250 Mio. Won Unternehmensspenden für politische Parteien. Nach der Verhaftung Choi Do-suls beeilte sich auch die oppositionelle Grand National Party (GNP) einzuräumen, dass sie 10 Mrd. Won illegale Wahlkampfspenden von der SK Group erhalten hatte; der ehemalige Finanzbeauftragte der GNP, Lee Jae-hyun, wurde verhaftet, weil er das Geld in bar vom Hauptquartier der SK Group zur Parteizentrale gebracht hatte (AWSJ, 3.11.2003; FEER, 13.11.2003: 20).

Der Präsidentschaftskandidat der GNP, Lee Hoi-chang, entschuldigte sich öffentlich für das Fehlverhalten seiner Partei. Roh Moo-hyun schien entschlossen, die Chance zu nutzen, um das Finanzierungssystem der Politik umfassend zu reformieren. Während er die Staatsanwaltschaft drängte, intensiv zu suchen, drohte die Opposition damit, neutrale Sonderermittler einzusetzen, die auch den inneren Zirkel um den Präsidenten untersuchen sollten. Die Finanzierung von Politik und Parteien bildet den Kern für die grassierende Korruption: Das entsprechende Gesetz schreibt nicht vor, dass die Spender identifiziert werden, und auch die Parteien sind nicht zu finanzieller Transparenz verpflichtet. Präsidentschaftskandidaten durften nach geltendem Recht in den Wahlen vom Dezember 2002 maximal 36,8 Mrd. Won für den Wahlkampf einsetzen; alle Parteien waren sich einig, dass diese Obergrenze viel zu niedrig gezogen war und geradezu zwang, Rechtsbruch zu begehen (ebd.). Rohs Wahlkampfmannschaft hatte alles daran gesetzt, die Präsidentschaftswahlen als die saubersten in der jüngeren Geschichte des Landes darzustellen: Kleine Leute hätten angeblich ihre Ersparnisse eingesetzt, um Roh zum Sieg zu verhelfen. Die Enthüllungen über umfangreiche Unternehmensspenden waren ein schwerer Schlag für Roh.

Im August nahm die Polizei einen engen Berater Kim Dae-jungs fest, der von Hyundai 20 Mrd. Won (umgerechnet 17 Mio. US\$) erhalten haben sollte. Das Geld war dafür bestimmt, die Regierung zu bewegen, staatliche Banken anzuweisen, Notleidenden Unternehmen der Hyundai-Gruppe günstige Kredite auszureichen. Die MDP soll das Geld zur Finanzierung von Wahlkämpfen i.J. 2000 eingesetzt haben.

Informationen über die Zahlungen kamen von Chung Mong-hun, der verantwortlich für die Zahlungen an Nordkorea war, die letztlich zum Treffen der beiden Kim führten; Chung beging Anfang August Selbstmord. Kurz vor dem Selbstmord war es zwischen Chung und seinen Brüdern, die zur Gründerfamilie von Hyundai gehören, zu einem heftigen Streit über die Kontrolle der Gruppe gekommen (*Financial Times/FT*, 14.8.2003; *AWSJ*, 12.8.2003).

Präsident Roh musste dann Anfang Dezember den Oppositionsforderungen zustimmen und einen Sonderermittler benennen. Das Parlament hatte mit einer Zweidrittelmehrheit den Einspruch des Präsidenten gegen Sonderermittler überstimmt, zum ersten Mal seit 49 Jahren hob das Parlament damit ein Veto eines Präsidenten auf. Zuvor hatte die Opposition neun Tage lang die Parlamentsarbeit blockiert; der Chef der GNP, Choe Byung-yul hatte sogar einen Hungerstreik begonnen (Yonhap, engl., in: *BBC Monitoring Service*, 4.12.2003). In fast unverständlicher Weise spielte er zugleich Politpoker, indem er zusagte, dass er zurücktreten werde, wenn seine Partei mehr als zehn Prozent der Mittel erhalten habe, die den Oppositionsparteien zugeflossen seien. Das Spiel konnte aufgehen, denn zu diesem Zeitpunkt war bereits bekannt, dass die Opposition umgerechnet 42 Mio. US\$ erhalten hatte, die MDP aber nur 956.000 US\$ (Yonhap, in: *BBC Monitoring Service*, 16.12.2003). Die Sonderermittler fanden heraus, dass Roh und seine MDP illegale Spenden in Höhe von 6 Mrd. Won (5 Mio. US\$) erhalten hatten, er selbst habe sich an den Transaktionen beteiligt (*FEER*, 8.1.2004: 11).

Besonders krass wurde die tief sitzende Korruption in politisch relevanten Stellen am Beispiel des stellvertretenden Chefs des IOC deutlich. Kim Un-yong, neben seinem Posten als IOC-Vize auch Parlamentsabgeordneter, stand seit vielen Jahren unter Korruptionsverdacht; das IOC hatte ihn mehrfach abgemahnt. Er war bei der Vergabe der Winterspiele an Salt Lake City ins Gerede gekommen, er soll Vorteile angenommen haben bei der Besetzung von Posten im NOC Südkoreas; schließlich fand die Polizei bei einer Razzia in Kims Privathaus große Mengen Bargeld, für das der IOC-Funktionär keine Erklärung fand. Sportfunktionäre, Präsidentenberater, Manager – im Jahre 2003 sind so viele führende Persönlichkeiten Südkoreas wie nie zuvor wegen Korruption in die Netze der Justiz gelangt. Auch Roh Moo-hyun ist aus den zahlreichen Justizermittlungen nicht ganz unbelastet herausgekommen, aber das Ausmaß seiner „Geschenke“ hält sich in Grenzen, gemessen z.B. an den enormen Summen, die der GNP illegal zugeflossen waren.

Geld und Politik hatte 2003 für die Entwicklungen in Südkorea aber auch einen weiteren Aspekt: Ein Gericht in Seoul verurteilte zwei frühere Präsidentenberater wegen geheimer Zahlungen an Nordkorea. Ein früherer Wirtschaftsberater Kim Dae-jungs erhielt drei Jahre Gefängnis mit vier Jahren Bewährung, ein früherer Geheimdienstchef unter Kim wurde zu 18 Monaten auf Bewährung verurteilt. Beiden wurde vorgeworfen, der Hyundai-Gruppe behilflich gewesen zu sein, Kredite von einer Staatsbank abzurufen und die Gelder über geheime Kanäle nach Nordkorea transferiert zu haben. Insgesamt gelangten 500 Mio. US\$ nach Nordkorea. Beobachter vermuten, dass nur wegen dieser Zahlungen das Treffen zwischen Kim

Dae-jung und Kim Jong Il zustande gekommen war (IHT, 26.9.2003; Xinhua, 26.9.2003; FT, 27.9.2003).

4 Kein Referendum – aber Amtsenthebung

Roh wollte im Falle eines ablehnenden Votums am 15. Februar 2004 zurücktreten, damit dann zusammen mit den Parlamentswahlen im April auch ein neuer Präsident gewählt werden könne. Die GNP griff natürlich sofort an und verlangte, dass zuerst der Skandal um den Präsidentenberater und die SK Group restlos aufgeklärt werden müsse. Die GNP ging sogar noch weiter und deutete bereits zu diesem Zeitpunkt an, der Präsident müsse seines Amtes enthoben werden, um das Referendum zu verhindern. Anfangs hatte die GNP das Referendum unterstützt, vollzog jedoch eine Kehrtwendung, als Umfragen zeigten, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter dem Präsidenten stehen würde; auch andere oppositionelle politische Gruppierungen lehnten das Referendum ab, darunter nicht zuletzt die MDP. Die Opposition sah in dem Schachzug ein besonders abgefeimtes politisches Manöver, da angesichts des fast unvermeidlichen politischen Chaos bei Ablehnung des Referendums (Chaos – etwas Schreckliches für jeden Koreaner) die Wähler eher für den Präsidenten stimmen würden (ebd.). Roh hatte mit einer Äußerung bereits Bestürzung in der Bevölkerung ausgelöst: „Ich glaube, es gibt viele, die den Job besser machen können als ich.“ Die GNP suchte das Referendum „umzuwidmen“, wenn sie es schon nicht verhindern konnte: Es sollte über Rohs Verwicklung in den SK-Group-Skandal abgestimmt werden, aber das hätte auch die finanziellen Vergehen der GNP in den Blickpunkt gerückt (FT, 15., 17.10.2003).

Es gab auch rechtliche Bedenken: Die südkoreanische Verfassung sieht nur Referenden zu zentralen Fragen des nationalen Interesses vor, z.B. Außenpolitik, Sicherheitsfragen und Fragen der Wiedervereinigung, nicht aber eine Vertrauensabstimmung über den Präsidenten. Roh argumentierte, dass sein Verbleiben im Amt durchaus eine „zentrale Frage von nationalem Interesse“ sei (*Economist*, 18.10.2003: 56). Die neun obersten Richter waren ratlos, da sich ein solcher Fall noch nie ereignet hatte, aber vier der Richter deuteten an, dass sie das Referendum kippen würden (*Economist*, 6.12.2003: 53). Ein Referendum konnte nur mit Billigung des Parlaments angesetzt werden; nach der entschiedenen Ablehnung durch die GNP (die eine Niederlage befürchtete bzw. einen Sieg Rohs, angesichts der Umfragewerte) sprach sich auch die MDP schroff gegen ein solches Referendum aus: Der ehemalige MDP-Chef Park Sang-cheon nannte den Vorstoß Rohs einen „Staatsstreik“. Park warf Roh auch vor, die MDP gespalten zu haben, nachdem 40 MDP-Mitglieder die Partei verlassen hatten – die verbleibenden MDP-Parlamentarier hätten keine andere Wahl, als mit der Opposition (d.h. der GNP) zu stimmen (Xinhua, 15.10.03; AWSJ, 14.10.2003). Die Stimmung im Lande zeigen die Tabellen 1 und 2, die zugleich belegen, warum GNP und MDP sich gegen ein Referendum stellten.

Tabelle 1: Popularitätskurve des Präsidenten in den ersten acht Monaten 2003

| März 2003 | Mai 2003 | August 2003 | Oktober 2003 |
|-----------|----------|-------------|--------------|
| 84% | 45% | 40% | 27% |

Tabelle 2: Geschätzte Reaktionen auf ein Referendum

| Zustimmung für Roh | Ablehnung/Misstrauensvotum | Sonstige |
|--------------------|----------------------------|----------|
| 56,6% | 36,2% | 8,2% |

Quelle: Jeweils FT, 14.10.2003.

Kurz vor der Entscheidung über das Referendum lehnte Roh das Rücktrittsgesuch des Regierungschefs Goh Kun ab, der die politische Verantwortung für die schwierige innenpolitische Lage übernehmen wollte, auch die 13 Sekretäre des Präsidenten im „Blauen Haus“ wollten zurücktreten. Das Kabinett würde dem Volk besser dienen „in einer Situation, in der ich um Vertrauen in der Bevölkerung werbe“, begründete Roh seine Ablehnung (Xinhua, 11.10.2003).

Die Opposition konnte das Referendum schließlich erfolgreich verhindern, dann setzte sie nach: Durch einen parlamentarischen Beschluss sollte Roh Moo-hyun seines Amtes enthoben werden – fünf Wochen vor den Parlamentswahlen. Eine Gruppe Abgeordneter, die loyal zu Roh standen, blockierten körperlich den Sitzungssaal, um eine Abstimmung zu verhindern: Parlamentarier der neuen Uri-Partei (siehe unten) besetzten das Podium des Parlamentspräsidenten, sodass eine Eröffnung der Sitzung unmöglich war. Die Abgeordneten hofften, durch ihre Blockade die Dreitagesfrist ablaufen zu lassen, innerhalb der eine Entscheidung über eine Amtsenthebung zu fällen ist. GNP und MDP rechneten sich genügend Stimmen für eine Amtsenthebung aus, denn sie verfügten über 208 der insgesamt 273 Mandate; tatsächlich aber schien der Ausgang der Abstimmung unsicher, nur 159 Abgeordnete unterstützten den Absetzungsantrag vorbehaltlos (*Süddeutsche Zeitung/SZ*, 12.3.2003). Als Gründe für das Amtsenthebungsverfahren nannten GNP und MDP illegale Spenden, unzulässige Unterstützung für eine Partei (die Uri-Partei) und administrative Unfähigkeit (FEER, 25.3.2004: 14-17). Bereits zu diesem Zeitpunkt dürfte es unwahrscheinlich gewesen sein, dass solche Gründe vor dem Obersten Gerichtshof, der die Amtsenthebung bestätigen muss, Bestand haben würden. Aber GNP und MDP standen unter Zeitdruck: Umfragen bescheinigten der Uri-Partei starken Zulauf, sodass zu erwarten war, dass die Parlamentswahlen neue Mehrheitsverhältnisse bringen würden. Roh hatte unvorsichtigerweise der Uri „viel Glück“ bei den Wahlen gewünscht und versichert, er werde „alles in seiner Macht Stehende für einen Sieg der Uri tun“; damit hatte er aus Sicht der Opposition seine Neutralitätspflicht verletzt. Die Nationale Wahlkommission rügte ihn dafür, beließ es aber dabei. Der Präsident entschuldigte sich auch dafür nicht, vielmehr bat er um Entschuldigung für die illegalen Wahlkampfspenden (*Economist*, 20.3.2004: 61; *Frankfurter*

Allgemeine Zeitung/FAZ, 12.3.2004). Weiter verschärfte der Präsident noch die Konfrontation mit dem Parlament, indem er auf einer Pressekonferenz die Abgeordneten geradezu herausforderte; das gab wohl den Ausschlag: Auch zögernde GNP-Abgeordnete entschieden sich jetzt für die Amtsenthebung (*Economist*, 20.3.2004: 61).

Schließlich kam es am 12. März doch noch zu einer Abstimmung über die Amtsenthebung; die GNP und MDP siegten mit überwältigender Mehrheit: Zum ersten Mal in der Geschichte Südkoreas wurde ein Präsident abgesetzt. Roh verlor seine Amtsbefugnisse, an seine Stelle trat kommissarisch Regierungschef Goh Kun. Die letzte Entscheidung lag jetzt beim Verfassungsgericht, das innerhalb von sechs Monaten über die Rechtmäßigkeit des Verfahrens entscheiden musste. 193 Abgeordnete hatten für den Antrag auf Amtsenthebung gestimmt, zwei Parlamentarier stimmten dagegen, die 47 Uri-Abgeordneten waren der Abstimmung ferngeblieben, die Zweidrittelmehrheit lag bei 181 Stimmen. Vor der Abstimmung hatte es im Parlament wilde Tumulte gegeben (Yonhap, in: BBC Monitoring Service, 12.3.2004). Die neun obersten Richter hätten mit sechs Stimmen die Amtsenthebung bestätigen müssen; das Ergebnis schien völlig offen. Drei von ihnen wurden von den Parteien nominiert, die für die Amtsenthebung gestimmt hatten, drei wurden von Rohs Vorgänger Kim Dae-jung nominiert, die übrigen drei hatte der Oberste Richter am Verfassungsgericht ernannt (*Economist*, 20.3.2004: 61).

Nachdem sich der „Pulverdampf“ verzogen hatte, trat bei den Siegern Ernüchterung ein: Offensichtlich billigte die bürgerliche Mittelschicht, sonst eher unpolitisch, das Vorgehen von GNP und MDP nicht: Parlamentarier, denen man ohnehin mit Misstrauen entgegnet, hatten willkürlich einen Politiker gestürzt, der für viele Wähler ein Hoffnungsträger war; es hatte sehr bald den Anschein, als sollte sich die Abstimmung für GNP und MDP verhängnisvoll auswirken. Sorge machte sich vor allem über die Auswirkungen des unwürdigen Spiels der Abgeordneten mit Blick auf ausländische Investoren breit: Minister und Spitzenbürokraten suchten hektisch, ausländische Unternehmen zu beruhigen und ihnen zu versichern, dass alles „im Griff“ sei. Offensichtlich waren die meisten ausländischen Investoren aber bereits erfahren in den Besonderheiten der politischen Kultur Südkoreas und reagierten eher gelassen (FEER, 25.3.2004: 14-17). Rohs Amtsenthebung stieß auf heftige Missbilligung in der Bevölkerung: Zwischen 65 und 76% lehnten den Schritt ab; 50.000 Demonstranten versammelten sich nach Bekanntwerden der Entscheidung spontan in der Innenstadt von Seoul, eine Menge, die manche Beobachter an die Proteste gegen die autoritären Regime vergangener Zeiten erinnerte (FEER, 25.3.2004: 8).

5 Parlamentswahlen 2004

5.1 Die Vorgeschichte

Schon Monate vor den Wahlen entwickelte sich die innenpolitische Lage für Präsident Roh Moo-hyun nicht günstig, über den erwarteten Wahlen lag ein düsterer Schatten. Nicht nur das teils erratische Verhalten des Präsidenten (s.o.), sondern vor

allem das (übliche) Taktieren seiner Parteifreunde brachten ihn frühzeitig in Bedrängnis. Die koreanische Öffentlichkeit war von der ersten Phase der Amtszeit Rohs tief enttäuscht: Er war als Außenseiter gewählt worden, man sah in ihm einen der wenigen ehrlichen Politiker, die sich nicht von der Korruption der politischen Klasse hatten anstecken lassen. Er hatte „saubere Politik“ versprochen, aber seine ersten acht Monate im Amt schienen nur Stagnation und Lähmung in allen Politikbereichen zu signalisieren: Wirtschaftskrise und außenpolitische Schwierigkeiten – besonders mit Blick auf die USA – drückten die Zustimmungsraten für den Präsidenten (*Economist*, 18.10.2003: 56). Hinzu kam eine unklare Nordkoreapolitik, eine fehlende Agrarpolitik (die Roh mit seiner bäuerlichen Herkunft hätte besonders am Herzen liegen sollen), sinkende ausländische Direktinvestitionen und steigende Arbeitslosigkeit (FEER, 30.10.2003: 27).

Eine neue Partei: Die Uri-Partei

Anfang September 2003 verließen 38 Mitglieder der MDP die Partei und schickten sich an, eine neue politische Gruppierung ins Leben zu rufen. Roh hatte seit seinem Amtsantritt im Februar 2003 die MDP stets irgendwie als „seine“ Partei betrachtet, da er sich in der Tradition Kim Dae-jungs wähnte, der die MDP einst gegründet hatte. Als Antwort auf das Ausscheiden der MDP-Mitglieder trat auch Roh aus der MDP aus, blieb jedoch zunächst parteilos. Überraschend konnte die Abspaltung für Roh nicht kommen, hatten doch schon während der Vorwahlen zur Präsidentschaft der Partei 2002 starke Gruppen in der MDP ihre Gegnerschaft zu Roh Moo-hyun zu erkennen gegeben. Es waren vor allem die Getreuen Kim Dae-jungs, das Establishment der MDP, die sich nach Kräften bemühten, Rohs Wahl zu torpedieren. Die Anhänger Rohs konnten dieses Manövrieren nie vergessen; es war nur eine Frage der Zeit, bis die jüngeren Verbündeten Rohs die MDP verließen, die sich inzwischen ebenfalls zu einer bürokratisch unbeweglichen politischen Gruppierung entwickelt hatte, wie sie so typisch für die politische Kultur Südkoreas ist. Die Gruppe ließ sich zuerst unter dem vorläufigen Namen „Vereinigte neue Partei der Volksbeteiligung“ als Parlamentariergruppe registrieren. Wenig später übernahm der MDP-Chef Chyung Dai-chul die Verantwortung für die Spaltung der Partei und trat zurück; es wurde allgemein erwartet, dass er spätestens im Oktober der neuen Gruppierung beitreten werde (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 20., 21.9.2003).

Die ausgetretenen Politiker wollten außerhalb der MDP, vielleicht auch gegen die MDP, die politischen Ziele verfolgen, für die Roh stand und steht. Wieder einmal standen dabei die regionalen Rivalitäten im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen: Trotz leichter Abschwächungen repräsentierte die MDP noch immer politische Kräfte, die ihre Hochburg in der Heimat Kim Dae-jungs, der Region Cheolla, hatten; die größte Oppositionspartei GNP fand noch immer ihre Basis im Südosten mit dem Zentrum Busan. Roh war angetreten, diesen politischen Regionalismus zu bekämpfen, und die ausgetretenen ehemaligen MDP-Mitglieder wollten ihn darin bestärken. Zynische Beobachter mögen darauf verweisen, dass auch Kim Dae-jung mit diesem Ziel seine Präsidentschaft angetreten hatte – und schnell wieder in die alte Tradition

der Bevorzugung von Landsleuten bei der Vergabe politischer Ämter verfallen war. Die nach dem Austritt neu entstandene Parlamentariergruppe wies ein höheres Maß regionaler Verschiedenheit auf, als es bei der MDP der Fall war, sodass sie bei den Wahlen im April 2004 in der Metropolregion Seoul und im Kernland der GNP auf Stimmengewinne hoffen durfte. Sowohl die neue Gruppierung als auch die Rumpf-MDP ordneten sich im politischen Spektrum links der Mitte ein, aber die Rebellen übten gleichermaßen Kritik an der „Politik des großen Geldes“ mit den sich daraus ergebenden Verpflichtungen gegenüber organisierten Interessen der MDP und der GNP sowie an den Verstrickungen beider Parteien in ein inflexibles, reformunfähiges System. Die 38 Rebellen bezichtigten die MDP, ihre Werte zu verraten, der GNP warfen sie vor, sie sei unfähig, sich aus den Fesseln ihres visionslosen Konservatismus zu befreien. Dieser Vorwurf fiel offenbar auf fruchtbaren Boden, auch in der GNP, denn fünf liberale Mitglieder der GNP verließen ebenfalls ihre Partei und schlossen sich der Gruppe an.

Tausende von Unterstützern Roh Moo-hyuns versammelten sich am 11. November 2003 zum Gründungsparteitag der neuen Gruppierung. Auf der Basis von Forderungen nach sauberer Politik und Aussöhnung mit Nordkorea wurde die Uri-Partei (wörtl. „Wir“-Partei) gegründet. Rund 15.000 Delegierte feierten in Seoul begeistert die neue Partei, die anfangs eine kollektive Führung erhielt, es wurde jedoch damit gerechnet, dass Roh sich bald der Gruppierung anschließen werde (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 11.11.2003). Die kleine Gruppe ehemaliger MDP- und GNP-Abgeordneter konnte Roh – trotz ihrer geringen Zahl – eine parlamentarische Basis für die Umsetzung seiner politischen Ziele bieten. Zwar war die Gruppe zu klein, um sich gegen die Übermacht der Opposition durchzusetzen, aber sie konnte in der Öffentlichkeit Gehör finden. Auch in früheren Jahren hatten Präsidenten mit parlamentarischen Minderheitsfraktionen ihrer Parteien arbeiten müssen, fast ließe sich sagen, dass diese Konstellation zumindest phasenweise seit der Wahl „ziviler“ Präsidenten die Regel war.

Roh hatte angekündigt, er werde die südkoreanische Demokratie transparenter und weniger hierarchisch machen, im ersten Halbjahr seiner Amtszeit gelang es ihm jedoch nicht, dieses Ziel überzeugend zu vermitteln. Er hatte einige Erfolge vorzuweisen: So organisierte er die Generalstaatsanwaltschaft um und kappte die engen Bindungen zwischen Ministerialbürokratie und Medien, andererseits aber gelang es ihm nicht, eine Reihe lähmender Streiks militanter Gewerkschaften zu verhindern; wie auch seine Vorgänger kam er nicht weiter bei der Entflechtung der Familienunternehmen, der *chaebeol* (*Economist*, 4.10.2003: 58). Darüber hinaus hatte Roh sich mächtige Feinde in allen Lagern gemacht: Die drei großen konservativen Tageszeitungen waren gegen ihn, die linken Gewerkschaften wie auch die großen Unternehmen warfen ihm zögerndes Verhalten bei einigen verheerenden Streiks vor, und in der breiten Bevölkerung gährte die Unzufriedenheit über eine unklare, konturenlose Nordkoreapolitik (*Economist*, 6.12.2003: 52).

Die härteste Konfrontation zwischen militanten Gewerkschaften des KCTU (Korean Confederation of Trade Unions), die Roh schwer schadete, ereignete sich im November 2003, als 150.000 Gewerkschaftsmitglieder, darunter 38.000 Hyundai-

Arbeiter, auf die Straße gingen; Hyundai musste seine Kfz-Produktion innerhalb von drei Monaten zum zweiten Mal komplett stilllegen. Gewalttätige Arbeitskämpfe dieser Art sind in Südkorea eigentlich nicht selten, überraschend aber war, dass sie sich gegen Rohs Regierung richteten. Im Mittelpunkt der Kritik stand die Arbeitsmarktpolitik, d.h. die Sorge um den Verlust von Arbeitsplätzen. Hintergrund sind die Arbeitsgesetze des Landes, die es schwer machen, überzählige Arbeitskräfte betriebsbedingt zu entlassen; Rohs Regierung arbeitete an einer Reform der Gesetze. Eisenbahnarbeiter streikten gegen Privatisierungsmaßnahmen der Bahn, Bankangestellte streikten gegen die Übernahme ihrer Bank durch einen stärkeren Partner. Vor allem auch ausländische Investoren waren Ziel militanter Aktionen der Gewerkschaften: In den ersten acht Monaten 2003 wurden 27 multinationale Unternehmen Ziel von Aktionen, darunter Lego, Carrefour, Owens Corning und Nestlé. Bis November 2003 registrierte das Arbeitsministerium 305 gewaltsame Streiks, ein Plus von 6,6% gegenüber 2002. Die Auseinandersetzungen gewannen zusätzlich an Schärfe, weil die Gewerkschaften in Roh Moo-hyun als ehemaligem Gewerkschaftsanwalt einen Fürsprecher ihrer Interessen sahen – jetzt fühlten sie sich verraten (FEER, 27.11.2003: 18-20).

5.2 Der Wahlkampf

Bereits während der Tumulte um seine geplante Amtsenthebung hatte Roh die Parlamentswahlen zu einem Votum über sein Verbleiben im Amt hochstilisiert (SZ, 12.3.2003). Die Erbitterung unter den Wählern war unübersehbar, der „Staatsstreich mit den Waffen der Demokratie“ (so Anne Schnepfen in der FAZ, 14.4.2004) schien sich als Bumerang zu erweisen. Die GNP geriet Wochen vor den Wahlen in Panik, wohl wissend, dass mit dem verbrauchten Führungspersonal die Wähler nicht angelockt werden konnten. Überraschend wurde die Tochter des früheren Diktators Park Chung-hee, Park Geun-hye (52), als Spitzenkandidatin nominiert. Sie ist sehr beliebt und gilt als koreanische Patriotin. Einer ihrer ersten Schritte war die Umsiedelung des Parteihauptquartiers aus dem Büropalast im vornehmen Stadtteil Yoido in ein Containerdorf nahe dem Han-Fluss.

Die Uri-Partei konnte sich über ein Umfragehoch freuen: Bei ihrer Gründung hatten noch 15% der Wähler sie unterstützt, Ende März 2004 lag ihre Zustimmungsrate bei 42%, die GNP brachte es auf gerade 18%. Eine verbale Entgleisung des Uri-Vorsitzenden Chung Dong-young drohte kurz die Chancen der Partei zu schmälern: Er hatte die Alten aufgefordert, am Wahltag zu Hause zu bleiben und in den Wahlen die Jungen über die Zukunft des Landes entscheiden zu lassen. Die Äußerung löste einen Sturm der Entrüstung aus, denn in der koreanischen Gesellschaft wird alten Menschen noch immer ein hohes Maß an Respekt entgegengebracht. Eilig entschuldigte sich Chung, aber dieser Schritt kam zu spät; er musste als Wahlkampfmanager der Uri zurücktreten, seine Kandidatur für das Parlament zog er ebenfalls zurück. Das Rennen schien kurz vor den Wahlen offen: Die Uri-Partei sagte je 110 Sitze von 299 für die beiden größten Parteien des Parlaments voraus, offenkundig ein Versuch, auch die letzten Kräfte der Uri zu mobilisieren (FAZ, 14.4.2004).

Wie immer das Wahlergebnis aussehen würde, schon vor dem Urnengang hatten Südkoreas Frauen politisch gewonnen. Die 24 Millionen südkoreanischen Frauen konnten immerhin aus einer Rekordzahl von 65 Kandidatinnen der Parteien wählen, die beiden größten Gruppen GNP und MDP wurden von Frauen geführt (*Financial Times Deutschland*, 15.4.2004).

5.3 Die Ergebnisse

Die Äußerung des Uri-Vorsitzenden hinsichtlich einer Konfrontation zwischen Alt und Jung mag Empörung ausgelöst haben – zutreffend war sie wohl schon: Die GNP wurde von Älteren gestützt, die in scharfem Antikommunismus, wirtschaftlichen Entbehrungen und in bedingungsloser Treue zu den USA aufgewachsen waren; die Uri dagegen war die Partei jüngerer, reformorientierter Wähler zwischen 20 und 40, die mehrheitlich schon von den wirtschaftlichen Erfolgen des Landes profitieren konnten, sie orientieren sich an den Erfolgen der Olympischen Spiele 1988 und der Fußball-Weltmeisterschaft 2002. Außenpolitisch unterstützen sie eine Annäherung an den Norden und die Sonnenscheinpolitik des Präsidenten Kim Dae-jung (*FAZ*, 14.4.2004). Wie auch bei früheren Wahlen hatte sich die nordkoreanische Führung mit Kommentaren und Empfehlungen in die südkoreanischen Wahlkämpfe eingemischt und die Wahl „progressiver Parteien“ empfohlen. Der Norden befürchtete mit einigem Recht, dass ein Erfolg der GNP dazu führen könne, dass Südkorea die härtere Haltung der USA in der politischen Auseinandersetzung mit Nordkorea verstärken würde.

Die 35,6 Millionen Wahlberechtigten Südkoreas hatten erstmals je zwei Stimmen: eine für einen Direktkandidaten des jeweiligen Wahlbezirks, eine weitere für eine Parteiliste. Von den 299 Sitzen von Nationalversammlung/Parlament werden nun 243 direkt und 56 über Listenplätze vergeben. 47% der Wahlberechtigten gehörten zur Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen, Wähler über 50 Jahre umfassten nur 30%. Die größte geschlossene Wählergruppe waren die 40-Jährigen, sodass zu erwarten stand, dass das Durchschnittsalter der Abgeordneten von 54,2 Jahren deutlich absinken würde (*Economist*, 17.4.2004: 55). Das Wahlergebnis wurde zu einem beeindruckenden Sieg für die Uri-Partei: Sie errang 152 Mandate und damit die absolute Mehrheit der 299 Sitze im Parlament. Die GNP errang 121 Mandate (vorher 137), die übrigen 26 Sitze verteilten sich auf vier kleinere Parteien. Dabei zählt inzwischen auch die MDP zu diesen kleineren Parteien: Sie brachte es auf nur neun Mandate und liegt damit noch hinter der Demokratischen Arbeiterpartei, die mit zehn Sitzen immerhin zur drittstärksten Kraft im Parlament wurde. Wenn die Nationalversammlung zum ersten Mal zusammentritt, dürfte das revolutionäre Ergebnis der Wahlen besonders deutlich werden: Von den 299 Abgeordneten sind 187 parlamentarische Neulinge, mehr als die Hälfte ist unter 50 Jahre alt, sie schleppen nicht mehr den ideologischen Ballast der älteren Generation mit sich, sie gelten als liberal in sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fragen (*FEER*, 29.4.2004: 18-20).

„Linksruck“, „Erdrutsch“ lauteten die Schlagzeilen der völlig überraschten Medien; einig waren sich alle Beobachter, dass mit dem Wahlergebnis eine neue Ära

begonnen habe. Das Verfassungsgericht dürfte das Ergebnis auch als Signal für die Bewertung der Amtsenthebung Rohs werten und diese aufheben, allerdings beeilten sich die höchsten Richter zu versichern, dass sie in ihrer Entscheidung nicht durch den Wahlausgang beeinflusst würden. Die Wahlentscheidung war nicht unbedingt eine Sympathiebekundung für Roh Moo-hyun, vielmehr wollten die Wähler offenbar die GNP (und die MDP) abstrafen. Besonders die GNP hatte durch zahllose Skandale und Korruptionsaffären jede Sympathie verspielt, und das unwürdige Spiel der Amtsenthebung Rohs gab den letzten Ausschlag. Die südkoreanischen Wähler fürchteten eine längere Phase innenpolitischer Instabilität, wenn ein neuer Präsident gewählt werden müsste.

Die De-facto-Regierungspartei Uri steht vor schwierigen Aufgaben: Förderung der Investitionen aus dem In- und Ausland zur Stabilisierung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, Bewältigung der nordkoreanischen Nuklearkrise und vor allem Festigung des Bündnisses mit den USA. Wie auch die GNP hatte die Uri bekräftigt, zusätzlich zu den im März schon entsandten 400 Soldaten weitere 3.600 Mann in den Irak zu schicken, trotz der unsicheren Lage dort. Im Jubel über den Sieg ging vorübergehend die Tatsache unter, dass die Uri keineswegs eine homogene politische Kraft ist; vielmehr finden sich in ihren Reihen nicht wenige Mitglieder und Politiker, die den USA distanziert gegenüberstehen und eine eigenständige, unabhängigere Politik Südkoreas wünschen. Viele Uri-Abgeordnete wurden gewählt, weil sie explizit gegen eine Entsendung von Truppen in den Irak waren – bevor dort die UN übernimmt. Zwei Kernprobleme werden die Uri und (möglicherweise) Präsident Roh im Inneren zu lösen haben: die Stabilisierung des Verhältnisses zu den militanten Gewerkschaften und weitere Entflechtungen bei den riesigen Familienunternehmen der *chaebeol*, anders ausgedrückt: Wirtschaftsreformen (*Economist*, 17.4., 24.4.2004: 55, 58; FAZ, 16., 17.4.2004; FEER; 29.4.04: 18-20).

Tabelle 3: Die Ergebnisse der Parlamentswahl vom April 2004 im Überblick

| Partei | Sitze 2004 | Sitze 2000 |
|------------------------------|------------|------------|
| Uri | 152 | 0 |
| GNP | 121 | 133 |
| Demokratische Arbeiterpartei | 10 | 0 |
| MDP | 9 | 115 |
| ULD | 4 | 17 |
| Gesamt | 299 | 273 |

Quelle: Yonhap, in: BBC Monitoring Service, 16.4.2004; *Economist*, 24.4.2004: 58.